



VISION EUROPA

2. Ausgabe/März 2014

Rechtspopulismus in Europa – Gründe und Hintergründe

Droht Europa weit nach rechts zu rutschen? Nicht nur aktuelle Umfragen im Vorfeld der Europawahlen legen diese Befürchtung nahe. Schon in den vergangenen Jahren hatten Rechtspopulisten und extrem Rechte in verschiedenen Ländern unseres Kontinents beachtliche Wahlerfolge errungen.

Einige Beispiele: In Griechenland zog 2012 mit der *Goldenen Morgenröte* eine offen neonazistische Partei gleich zweimal ins nationale Parlament ein. Im ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen erreichte Marine Le Pen, Kandidatin des *Front National (FN)*, 17,9 Prozent der Stimmen, dies war das beste jemals erzielte Ergebnis einer FN-Präsidentschaftskandidatur. Bei den französischen Parlamentswahlen im gleichen Jahr

legte die Partei um über 9 Prozent zu und erreichte 13,6 Prozent. Bei den Nationalratswahlen in Österreich erhielten 2013 die rechte *Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)* und das populistische *Team Stronach* um den Unternehmer Frank Stronach zusammen über 26 Prozent der Stimmen. In Ungarn lässt die Regierungspartei *FIDESZ* seit Jahren eine deutliche Abgrenzung gegenüber der extrem rechten *Jobbik* vermissen, die 2010 mit 16,7 Prozent ins Parlament eingezogen war. Und auch in mehreren skandinavischen Ländern konnten die Rechten wiederholt – teilweise deutliche – Wahlerfolge erringen.

Sieht man sich aktuelle Wahlumfragen wie auch die Ergebnisse zurückliegender Wahlen an, so fällt auf: Ein allgemeines Muster

RECHTE PARTEIEN BEI DER EUROPAWAHL – EINE AUSWAHL

Front National (Frankreich):

Der Front National wurde 1972 gegründet und wird als rechtspopulistisch bis rechtsextrem eingeschätzt. Die Vorsitzende Marine Le Pen verfolgt die Strategie, auch Wählerschichten aus der Mitte der Gesellschaft für ihre rechtspopulistische Politik zu gewinnen. **Prognose: 20 Prozent.**

Goldene Morgenröte (Griechenland):

Die Goldene Morgenröte ist eine neonazistische Partei. Positionen der Partei umfassen territoriale Ansprüche an Nachbarstaaten sowie eine Politik gegen EinwanderInnen. Die AnhängerInnen versuchen, ihre Ansichten nicht nur auf parlamentarischem Weg durchzusetzen, sondern auch mit gewalttätigen Ausschreitungen. Die Goldene Morgenröte pflegt u.a. gute Kontakte zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), angeblich auch zum niedersächsischen NPD-Kader Rigolf Hennig. **Prognose: 10 Prozent.**

Lega Nord (Italien):

Die Lega Nord ist eine 1989 gegründete rechtspopulistische Partei, die sich vor allem über die Ablehnung des italienischen Zentralismus definiert und dabei dem wohlhabenderen Norden höhere Eigenständigkeit einräumen will. Die Partei wendet sich gegen die Einwanderung aus afrikanischen und muslimischen Staaten. Die Lega Nord richtet sich mit ihrer Europakritik gegen die Übertragung von Kompetenzen vom Nationalstaat auf die Europäische Union. **Prognose: 5 Prozent.**

Freiheitliche Partei Österreichs (Österreich):

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine rechtspopulistische Partei mit Nähe zum Rechts-Extremismus. Sie gilt als europaskeptisch. Die seit 1956 existierende FPÖ vermischte Themen wie Sicherheit, Migration, Asyl und Integration. Besonders offensiv stellt sich die Partei gegen muslimische EinwanderInnen: In den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre war die Warnung vor einer angeblichen „Islamisierung“ Österreichs ein wichtiges Thema. **Prognose: 22 Prozent.**

Die Finnen (Finnland):

Die 1995 gegründete Partei Die Finnen ist europaskeptisch und bezeichnet sich als opponierende Kraft gegen das Establishment. Bei den finnischen Parlamentswahlen 2011 wurde sie drittstärkste Fraktion. Sie tritt für eine drastische Verschärfung des Asylrechts ein und fällt immer wieder durch rassistische Äußerungen auf. **Prognose: 17 Prozent.**

Jobbik (Ungarn):

Jobbik ist eine 2003 gegründete rechtsextreme Partei, die historische Territorialansprüche Ungarns geltend machen will. Jobbik zeigt sich offen antisemitisch und antiziganistisch. Außerdem fordert die Partei eine Emanzipation Ungarns von der EU und meint, die ungarische Wirtschaft durch Protektionismus stärken zu können. Bei den nationalen Parlamentswahlen 2010 erreichte sie über 16 Prozent. **Prognose: 7 Prozent.**

Fidesz (Ungarn):

Fidesz ist die nationalkonservative Regierungspartei Ungarns. In gesellschaftlichen Fragen vertritt die Partei rechtskonservative Positionen. Autoritarismus und Nationalismus sind stark verankert. Zahlreiche Erlasse lösten heftige Kritik wegen des Abbaus von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit aus. **Prognose: bis zu 50 Prozent.**

Alternative für Deutschland (Deutschland):

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde Anfang 2013 ins Leben gerufen und erlangte besonders als strikte Gegnerin des Euro öffentliche Aufmerksamkeit. In verschiedenen Politikfeldern wird sie als konservativ bis wirtschaftsliberal eingeordnet. Bestimmte politische Forderungen, wie zum Beispiel im Bereich Integrationspolitik, werden von politischen Beobachtern als rechtspopulistisch eingeordnet. **Prognose: 6 bis 7 Prozent.**

Quelle: Aktuelle Meinungsumfragen aus dem 1. Quartal 2014

© Friedrich-Ebert-Stiftung | Herausgeber: Landesbüro Niedersachsen | Theaterstraße 3, 30159 Hannover |
Tel.: 0511 357708-30, Fax: 0511 357708-40 | E-Mail: niedersachsen@fes.de | Verantwortlich: Urban Überschär |
Autor: Dr. Patrick Schreiner | Mitarbeit: Franziska Schröter, Niklas König | Internet: www.fes.de/niedersachsen |
Facebook: FES-Niedersachsen | Twitter: FES_Nds | März 2014 | Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH |
Fotos: dpa, Europäische Union, FES, Fotolia |

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Landesbüro Niedersachsen



Parteimitglieder der rechtsextremen griechischen *Chrisi Avgi* (Goldene Morgenröte) mit Motorrädern vor dem Parlament in Athen. Foto: © dpa Picture Alliance

gibt es nicht. Rechtspopulistische und extrem rechte Parteien finden sowohl in Westeuropa als auch in Osteuropa Zulauf. Sie sind in nordeuropäischen Ländern wie auch in südeuropäischen Ländern zunehmend stark. Es gibt sie in Mitgliedstaaten des Euroraums wie auch in EU-Staaten außerhalb dessen, es gibt sie in wirtschaftlich starken Ländern ebenso wie in Krisenländern.

Gering ist die Zahl der Länder, in denen die Rechten auf gesamtstaatlicher Ebene bislang nicht punkten konnten. Mit dem Scheitern der selbsternannten *Alternative für Deutschland* (AfD) bei der Bundestagswahl 2013 blieb Deutschland eines dieser Länder. Mit der bevorstehenden Europawahl könnte sich das jedoch ändern: Seit kurzem gilt die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr, und die AfD schneidet bei aktuellen Umfragen auch deshalb gut ab, weil (nicht nur in Deutschland) die Europawahl oft genutzt wird, um „die da oben“ abzustrafen. Ein Umstand, der möglicherweise gerade in Krisenzeiten besonders zum Tragen kommt.

Die Krise und die Rechte

Tatsächlich ist der derzeitige Aufschwung des Rechtspopulismus in Europa von der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer autoritären und unsozialen Bewältigung nicht zu trennen. Die zunehmende Prekarisierung und Verelendung weiter Teile der Bevölkerung in vielen Ländern führt zu einer erhöhten Anfälligkeit für entsprechende Ideologien. Wer um die eigene Existenz fürchtet, geht offenbar schnell(er) jenen auf den Leim, die einfache Erklärungen und Lösungen auf Kosten von Minderheiten anbieten. Eine Entschuldigung für rechtes Denken kann dies zwar nicht sein, verschließen sollte man die Augen vor diesem Zusammenhang allerdings auch nicht.

Verelendung stellt gleichwohl nur einen von mehreren Faktoren dar, auf den sich der aktuelle Aufschwung des Rechtspopulismus in Europa stützt. Ein weiterer ist das bisweilen

fragwürdige Argumentieren von Medien, nicht-rechten Parteien und Regierungen. So ist der politische Diskurs beispielsweise in vielen Ländern, die bisher vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen sind, von einer großen Überheblichkeit angesichts der eigenen wirtschaftlichen „Erfolge“ geprägt. Neben Österreich, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern ist auch Deutschland dieser Gruppe zuzuordnen. Die (oft genug grundlose) Überzeugung, „es“ richtig gemacht zu haben, führt dann rasch zu nationalistischen und ausgrenzenden Schuldzuweisungen an jene Länder, die in veritablen Krisen stecken. Spätestens wenn in politischen Diskussionen zusätzlich die Angst geschürt wird, für andere Länder „zahlen“ zu müssen und „von denen“ übervorteilt zu werden, können RechtspopulistInnen unmittelbar an diese Argumentation anknüpfen.

In eine ähnliche Richtung wirken nationalistische und ausgrenzende Diskurse auch jenseits wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Wenn demokratische Parteien und Regierungen in Frankreich und Italien mit Vorurteilen gegen Roma punkten wollen, rollen Sie dem Front National und der *Legha Nord* argumentativ den roten Teppich aus. Wenn in Griechenland die Regierung massiv gegen Flüchtlinge vorgeht, braucht sich niemand zu wundern, wenn die neonazistische Goldene Morgenröte ideologisch und rhetorisch daran anknüpfen kann. Und wenn in Deutschland gegen angebliche „Armutszuwanderung“ und angeblichen „Sozialtourismus“ gehetzt wird oder wenn bestimmte ImmigrantInnen als „unnützlich“ gebrandmarkt werden, so profitiert davon die AfD.

Ideologische Hintergründe

Es ist einigermaßen schwer, den Rechtspopulismus gegenüber der extremen Rechten auf der einen Seite und gegenüber Konservatismus und Liberalismus auf der anderen Seite abzugrenzen. So ist beispielsweise die Frage keineswegs einfach zu beantworten, ob der französische Front National noch rechtspopulistisch oder schon extrem rechts ist; die ungarische



Anti-EU-Demonstration der extremen Rechten in Budapest. Foto: © dpa

FIDESZ weist rechtspopulistische, aber auch (rechts-) konservative Elemente auf. Doch selbst wenn die Grenzen fließend sind, so lassen sich Merkmale ausmachen, die es zumindest näherungsweise ermöglichen, eine rechtspopulistische Partei als solche zu bestimmen:

- RechtspopulistInnen beanspruchen, „den“ Willen „des Volkes“ gegenüber traditionellen Parteien, Eliten, Medien und Institutionen in Stellung zu bringen. Dabei vertreten sie einen strikten Dualismus zwischen unten und oben, der allerdings keineswegs auf egalitären Ideen beruht. Vielmehr ist die Vorstellung, dass Menschen ungleich (im Sinne von ungleichwertig) seien, zentraler Bestandteil rechtspopulistischen Denkens. Dies sei an zwei Beispielen verdeutlicht: (1) Interessengegensätze etwa zwischen Kapital und Arbeit haben

in diesem Dualismus keinen Raum, sie werden in der Vorstellung eines einheitlichen und einigen „Volkes“ ausgeblendet – folgerichtig gehören auch Gewerkschaften (mit ihrer egalitären Programmatik) zu den „Eliten“, zum „System“, und damit zu den Feindbildern des Rechtspopulismus. (2) Die für den Rechtspopulismus typischen Attacken auf einen vermeintlichen Zwang zur „Political Correctness“ zielen auf das angebliche Recht, Menschen mit bestimmten (in den Augen der RechtspopulistInnen unerwünschten) Eigenschaften sprachlich und politisch abwerten zu dürfen – ein angebliches Recht „des Volkes“, das von „denen da oben“ unterdrückt werde.

- Das zweite Beispiel deutet schon an, dass „das Volk“, für das die RechtspopulistInnen zu sprechen beanspruchen, nur einen Bruchteil der Menschen eines Landes darstellt. Der

INTERVIEW MIT ALEXANDER HÄUSLER

Ist die AfD als rechts oder gar rechtspopulistisch einzuordnen?

Die AfD kann als eine rechts von der CDU/CSU und der FDP stehende Partei eingeordnet werden. Sie ist inhaltlich geprägt von einer neoliberalen, einer nationalkonservativen und einer rechtspopulistischen Stoßrichtung. In Verlautbarungen von AfD-Mitgliedern, z. B. auf der „Patriotischen Plattform“, sind Anfeindungen gegenüber der multikulturellen Verfasstheit unserer Gesellschaft zu finden. Pauschalen Anprangerungen der Medien sowie der sogenannten „Altparteien“ und der angeblich vorherrschenden „linken politischen Korrektheit“ sind inhaltlich deckungsgleich mit dem Vokabular, das wir von VertreterInnen rechtspopulistischer Parteien gewohnt sind. Zudem finden sich bei AfD-VertreterInnen wiederkehrend positive Bezugnahmen auf die Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin, so etwa bei dem AfD-Kandidaten zur Europawahl, Hans-Olaf Henkel.

Wie sind die Positionen der AfD bezüglich der aktuellen Debatte zur „Armutszuwanderung“ einzuschätzen?

In AfD-Parolen wie „Wir sind nicht das Weltsozialamt“ werden Ressentiments geschürt, und suggeriert, dass Deutschland als realer Gewinner der Wirtschaftskrise in Europa angeblich nur deren „Zahlmeister“ sei. Im Kontext des Zuzugs aufgrund des Freizügigkeitsabkommens mit Bulgarien und Rumänien wurden von der AfD ähnlich klingende Aussagen verbreitet. Dies kann durchaus als Wohlstandschauvinismus bezeichnet werden. Einseitige und sachlich falsche Pauschalisierungen in Bezug auf eine sogenannte Armutszuwanderung mischen sich dort mit diskriminierenden Zuschreibungen, wie etwa der Begrifflichkeit vom „sozialen Bodensatz“.

Solche Abwertungen paaren sich bei der AfD mit einem problematischen Verhältnis zur Staatszugehörigkeit. So bekundete beispielsweise der AfD-Sprecher Bernd Lucke auf einer Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung seine Ablehnung eines „Vielvölkerstaates“. Hier stellt sich die Frage: Wie steht die AfD zu der multikulturellen Verfasstheit unserer europäischen Einwanderungsgesellschaften?

Wie schätzen Sie das Potenzial der AfD bei den anstehenden Europawahlen ein?

Angesichts des Wegfalls der Drei-Prozent-Hürde ist der Einzug der AfD ins Europaparlament so gut wie sicher. Die Frage ist, mit wem die AfD dann politisch kooperieren will. Einerseits sind Gemeinsamkeiten mit den britischen Konservativen betont worden. Andererseits hat etwa die Junge Alternative NRW, die Jugendorganisation der AfD, den Parteiführer der rechtspopulistischen UKIP, Nigel Farage, zur Diskussion eingeladen. Zudem steht zur Frage, wie sich einzelne AfD-KandidatInnen nach einem möglichen Einzug ins EU-Parlament dort verhalten werden, die dieses Parlament infrage stellen: So bekundete etwa die AfD-Kandidatin Beatrix von Storch, Demokratie funktioniere nur national und das EU-Parlament sei eigentlich kein richtiges Parlament.

Alexander Häusler

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf (FORENA)





Rechtspopulismus ist (unter anderem) nationalistisch, rassistisch, unsozial und homophob. Dies führt dazu, dass eine große Zahl an Menschen schlicht nicht zu „dem Volk“ der RechtspopulistInnen gehören und auch nicht gehören sollen: Ausgegrenzt werden beispielsweise Menschen mit der falschen Herkunft, Religion oder Hautfarbe wie auch nicht-heterosexuelle Menschen, sehr oft auch Menschen ohne Arbeit und arme Menschen.

- Zumindes in ihrer offiziellen Programmatik erheben RechtspopulistInnen allerdings nicht den Anspruch, dass das eigene Land bzw. das eigene „Volk“ besser oder höherwertiger sei als andere Länder bzw. „Völker“. Gefordert wird vielmehr – etwa unter dem Schlagwort eines „Europa der Vaterländer“ – ein Nebeneinander formal gleicher Nationen mit voneinander abgegrenzten Bevölkerungen und „Kulturen“. Hier gibt es eine deutliche Schnittmenge zwischen dem Rechtspopulismus und der so genannten „Neuen Rechten“. Es ist gleichwohl hinzuzufügen, dass die politische Praxis des Rechtspopulismus oft genug anders aussieht, spricht sehr wohl von der Abwertung anderer Länder und ihrer Bevölkerungen geprägt ist.
- Rechtspopulistische Parteien verstehen sich weniger als Parteien denn als soziale Bewegungen. Folgerichtig tragen sie auch nur selten den Begriff der „Partei“ im Parteinamen. Ihr Selbstverständnis als Bewegung korrespondiert direkt mit der Idee, „das Volk“ gegen die Eliten in Stellung zu bringen.
- Charismatische Führungsfiguren (wie etwa Marine Le Pen/Front National, Geert Wilders/*Partij voor de Vrijheid* oder einst Jörg Haider/FPÖ) spielen für rechtspopulistische Parteien eine zentrale Rolle. Ideologisch gelten sie ihnen als eine Art Sprachrohr, das den Willen „des Volkes“ gegenüber den Eliten zum Ausdruck bringt. Dahinter steht allerdings nicht die Idee politisch-demokratischer Repräsentation, sondern die Vorstellung einer plebiszitären Verkörperung eines einheitlichen und geschlossenen „Volkswillens“. Für Identität und Zusammenhalt der Partei sind diese Führungsfiguren von enormer Bedeutung.

- RechtspopulistInnen verstehen sich – trotz ihrer ablehnenden Haltung gegenüber etablierten Parteien, Organisationen und Institutionen und trotz ihrer undemokratischen inneren Struktur – als demokratischer Bestandteil der Mehrheitsgesellschaft. Sie akzeptieren überdies das Gewaltmonopol des Staates und lehnen folgerichtig Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen ab.

Was tun gegen rechts?

Die beste Medizin gegen rechts ist eine Politik, die konsequent auf Menschlichkeit, Solidarität und sozialen Ausgleich setzt – eine Politik, die blind ist gegenüber Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung. Wer hingegen meint, Menschen, Länder und Gesellschaften zueinander in Konkurrenz setzen zu müssen, und wer meint, Vorteile auf Kosten Schwächerer erlangen zu können, der wird Misstrauen, Hass und Ausgrenzung provozieren.

Im Kampf gegen Rechtspopulismus und gegen extrem Rechte kann die Bedeutung von antifaschistischer und antirassistischer Bildungsarbeit kaum überschätzt werden. Dafür braucht es entsprechende finanzielle Mittel und inhaltliche Konzepte sowohl in der Jugendarbeit als auch in der Erwachsenenbildung. Sozialwissenschaftliche Forschung zu rechtem und rassistischem Gedankengut liefert wichtige Erkenntnisse, mit denen pädagogisch wie auch politisch gegen rechts gearbeitet werden kann.

Die beste Bildungsarbeit und die beste Sozialforschung müssen allerdings wirkungslos bleiben, solange ausgrenzendes Denken Bestandteil der politischen Diskurse auch demokratischer Medien, Parteien, Organisationen und Regierungen ist und bleibt.

Lesetipps und Quellenangaben

Phillip Becher (2013): Rechtspopulismus. Köln: PapyRossa.

Sebastian Friedrich, Patrick Schreiner (Hg., 2013): Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa. Münster: edition assemblage.

Alexander Häusler (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. http://www.boell-nrw.de/downloads/AFD_Studie_FORENA_HBS_NRW.pdf.

Thomas Konicz (2013): Neoliberaler Extremismus. Wie die neoliberale Hegemonie die Formierung der europäischen Neuen Rechten befördert. <http://www.gegenblende.de/-/Xvn>.

Nora Langenbacher, Britta Schellenberg (Hg., 2011): Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. <http://library.fes.de/pdf-files/do/08337.pdf>.

Ralf Melzer, Sebastian Serafin (Hg., 2013): Rechtsextremismus in Europa: Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10030.pdf>



VORMERKEN!

„Rechtspopulismus in Deutschland und Europa“ am 5.5.2014 um 19.00 Uhr
im Restaurant im Leineschloss, Hannover

Ist die AfD als rechts oder gar rechtspopulistisch einzuordnen?

Die AfD kann als eine rechts von der CDU/CSU und der FDP stehende Partei eingeordnet werden. Sie ist inhaltlich geprägt von einer neoliberalen, einer nationalkonservativen und einer rechtspopulistischen Stoßrichtung. In Verlautbarungen von AfD-Mitgliedern, z.B. auf der „Patriotischen Plattform“, sind Anfeindungen gegenüber der multikulturellen Verfasstheit unserer Gesellschaft zu finden. Im Landesprogramm der AfD in Sachsen werden Forderungen nach einer Erhöhung für deutschsprachige Titel in Rundfunkanstalten sowie nach Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten erhoben. So etwas gehörte bislang zum Forderungskatalog rechter Splitterparteien. Ein auf der Internetseite der AfD präsentiertes „AfD-Manifest“ weist deutlich populistischen Jargon auf: Darin beschreibt sich die AfD als Opfer einer Verfolgung von „Claudia Roth, der Antifa und den Mainstreammedien.“ Diese pauschalen Anprangerungen der Medien sowie der sogenannten „Altparteien“ und der angeblich vorherrschenden „linken politischen Korrektheit“ sind inhaltlich deckungsgleich mit dem Vokabular, das wir von VertreterInnen rechtspopulistischer Parteien gewohnt sind. Zudem finden sich bei AfD-VertreterInnen wiederkehrend positive Bezugnahmen auf die Thesen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin, so etwa bei dem AfD-Kandidaten zur Europawahl, Hans-Olaf Henkel.

Wie sind die Positionen der AfD bezüglich der aktuellen Debatte zur „Armutszuwanderung“ einzuschätzen?

In AfD-Parolen wie „Wir sind nicht das Weltsozialamt“ werden Ressentiments geschürt, und suggeriert, dass Deutschland als realer Gewinner der Wirtschaftskrise in Europa angeblich nur deren „Zahlmeister“ sei. Im Kontext des Zuzugs aufgrund des Freizügigkeitsabkommens mit Bulgarien und Rumänien wurden von der AfD ähnlich klingende Aussagen verbreitet. Dies kann durchaus als Wohlstandschauvinismus bezeichnet werden. Einseitige und sachlich falsche Pauschalisierungen in Bezug auf eine sogenannte Armutszuwanderung mischen sich dort mit diskriminierenden Zuschreibungen, wie etwa der Begrifflichkeit vom „sozialen Bodensatz“. Solche Abwertungen paaren sich bei der AfD mit einem problematischen Verhältnis zur Staatszugehörigkeit. So bekundete beispielsweise der AfD-Sprecher Bernd Lucke auf einer Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung seine Ablehnung eines „Vielvölkerstaates“. Hier stellt sich die Frage: Wie steht die AfD zu der multikulturellen Verfasstheit unserer europäischen Einwanderungsgesellschaften? Sollen Zugewanderte etwa nicht mehr zur deutschen Gesellschaft gehören?

Wie schätzen Sie das Potenzial der AfD bei den anstehenden Europawahlen ein?

Angesichts des Wegfalls der Drei-Prozent-Hürde ist der Einzug der AfD ins Europaparlament so gut wie sicher. Die Frage ist, mit wem die AfD dann politisch kooperieren will. Einerseits sind Gemeinsamkeiten mit den britischen Konser-

vativen betont worden. Andererseits hat etwa die Junge Alternative NRW, die Jugendorganisation der AfD, den Parteiführer der rechtspopulistischen UKIP, Nigel Farage, zur Diskussion eingeladen. Zudem steht zur Frage, wie sich einzelne AfD-KandidatInnen nach einem möglichen Einzug ins EU-Parlament dort verhalten werden, die dieses Parlament infrage stellen: So bekundete etwa die AfD-Kandidatin Beatrix von Storch, Demokratie funktioniere nur national und das EU-Parlament sei eigentlich kein richtiges Parlament.

Welche Parteien müssen Ihrer Meinung nach am ehesten fürchten, WählerInnen an die AfD zu verlieren?

Die Auswertungen der Wahlergebnisse der letzten Bundestagswahl zeigen, dass die AfD sowohl von WechselwählerInnen von der CDU, der FDP wie auch in hohem Maße von der Linken Stimmen erhalten hat. Hinzu kam auch ein hoher Anteil vorheriger NichtwählerInnen. Auf der anderen Seite haben VertreterInnen rechter Splitterparteien wie etwa der Partei Die Freiheit bekundet, ihre eigenen Aktivitäten einzustellen, da man eigene Positionen zu 90 Prozent bei der AfD aufgehoben sehe.

In den Medien wird die AfD gern als „Professorenpartei“ eingestuft. Trifft diese Einschätzung zu?

Sicher wird das öffentliche Erscheinungsbild der AfD stark geprägt von deren Sprecher Lucke, der zugleich eine Professur für Volkswirtschaft in Hamburg innehat. Hinzu kommen andere Professoren im AfD-Vorstand wie etwa Joachim Starbatty, die schon vorher in einer anderen „Professorenpartei“ aktiv gewesen sind, dem Bund Freier Bürger. Dies war eine rechtspopulistische Partei, die aus einer ähnlichen Motivationslage hinsichtlich der Euro-Einführung entstanden ist wie die heutige AfD. Allerdings besteht die AfD nicht nur aus Akademikerkreisen, sondern weist an ihrer Basis und in ihrer Postenbesetzung wesentlich breitere Berufszugehörigkeiten auf. Bei den Mitgliedern aus akademischen Kreisen dominieren einerseits neoliberale und gewerkschaftsfeindliche Positionen und andererseits nationalkonservative Abwehrhaltungen gegenüber pluralisierten Lebenswelten und supranationalen Institutionen in Europa. Allerdings kann die AfD nur erfolgreich sein, wenn sie weiterhin auch Wählermilieus aus allen Schichten anspricht. Dies wurde bislang mit wohlstandschauvinistischen Abgrenzungsparolen versucht, so etwa mit der Parole: „Keine Einwanderung in unsere Sozialsysteme“. Es steht zu befürchten, dass diese politische Ausrichtung bei den kommenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg fortgesetzt wird.

Alexander Häusler

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/ Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf (FORENA)

